

Online-Hörerbrief zum Beitrag „Die deutsche Krankheit“ von Monika Zimmermann
(Deutschlandradio Berlin, Sendung „Politisches Feuilleton“ vom 5.12.2005)

Das "politische Feuilleton" scheint mir ein Forum für eine sehr einseitige Melange aus nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Ansichten zu sein.

Der Beitrag „Die Deutsche Krankheit“ (Monika Zimmermann, Politisches Feuilleton im Deutschlandradio vom 5.12.2005) vollzieht eine bemerkenswerte Umwertung klassenkämpferischer Begriffe: Zimmermann spricht über die „jahrzehntelange Fehlsteuerung des Sozialstaats“, an deren „Ausbeutung wir alle irgendwie beteiligt“ seien. Das „Proletariat“ beutet hier also einmal das „Kapital“ aus.

Nach Meinung der Autorin besteht die titelgebende „deutsche Krankheit“ in einer zu hohen Staatsquote, zu hoher Arbeitslosigkeit, zuviel staatlicher Fürsorge, zu hohen Steuern.

Dagegen hilft ein allzu einfaches Rezept: Es müssen „schmerzliche, aber notwendige Schnitte“ vollzogen werden, so Zimmermann. Das Bild aus dem Operationssaal suggeriert: Unfehlbare ärztliche Diagnose, gegen die sich der uneinsichtige Patient noch sträubt. Die Diagnose der Autorin aber zitiert nahezu wörtlich die Therapieansätze der Regierungen Kohl und Schröder – von denen sie zugleich schreibt, sie seien „Placebos“ gewesen, hätten „nichts gebracht“, hätten die „Arbeitslosigkeit nicht gesenkt“. Um also im Bild zu bleiben: Wenn die Amputation der Arme nichts gebracht hat, müssen auch noch die Beine ab. Dass die Therapie verfehlt sein könnte, erwägt sie nicht.

Für den Erfolg neoliberaler Reformen präsentiert Zimmermann keine Argumente, sondern politisches „name dropping“: Der Verweis auf England, Schweden oder Kanada, Beweisführung mit positiven Beispielen, ist reine Rhetorik. Es lohnt sich gar nicht, nach der Stichhaltigkeit der Beispiele zu fragen. Schweden ist kein Musterbeispiel für den "radikalen Umbau" der Sozialsysteme „gegen den erbitterten Widerstand“ der Betroffenen. Die schwedische Staatsquote lag 2003 unverändert bei knapp 60% (dem Mittelwert seit 1985, ohne erkennbaren Trend).

Am Ende präsentiert Zimmermann eine Paradoxie: Während dem Land „extreme Anstrengungen zugemutet“ werden müssten, solle „der Bürger“ eine „Reformdividende“ in der Tasche behalten. Vielleicht ist das aber gar nicht paradox, sondern einfach nur Heuchelei. Die einen sollen sich mehr anstrengen, damit die anderen mehr haben. Auch hier ist Zimmermanns Bildsprache wichtig. Eine „Dividende“ hat an der Börse der Aktionär zu erwarten, nicht etwa der Arbeiter. Die Deutschland-AG soll, pronto, ihren Shareholder Value erhöhen, zum höheren Nutzen des oberen Drittels der Gesellschaft. Damit haben dann Ausbeuter und Ausgebeutete auch endlich wieder den ihnen zustehenden Platz in der Geschichte.

Johannes Kiehl
Hermann-Liebmann-Straße 31
04315 Leipzig